

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 75 / 17. 12. 2004

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Von Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog:
(Auszug)

14.12.2004 **Kann Handystrahlung das Erbgut schädigen?** Handystrahlung: gefährlich oder nicht? Seit Jahren streiten sich die Experten. Die gängige Lehrmeinung war: „Elektromagnetische Schwingungen von Handys sind zu schwach, um das Erbgut zu schädigen.“ Jetzt wurde die sogenannte Reflexstudie veröffentlicht, bei der zwölf Forschergruppen (Reflex-Studie) aus sieben EU-Ländern drei Jahre lang die Wirkung von elektromagnetischen Feldern auf menschliche Zellen untersucht haben, aber zu teilweise anderen Ergebnissen kamen. „Berliner Kurier“ und „Bild“ erklären die Studie so, dass Handystrahlen Zellen schädigen und die DNS zerstören können, da Handy-Strahlung (SAR-Wert) größer als 1,3 Watt pro Kilogramm Körpergewebe schädliche Auswirkungen hätte, der Grenzwert zur Zeit aber bei 2,0 Watt pro Kilogramm liege. <http://www.bild.t-online.de/> <http://www.berlinonline.de/>

und/oder

Spiegel-TV: Mobilfunk nicht harmlos Am 5. Dezember berichtete Spiegel-TV über die mobilfunkkritischen Studien des Reflex-Projekts (DNS-Doppelstrangbrüche) und von Leif Salford (Öffnung der Blut-Hirn-Schranke). Beide Studien sind zwar nicht neu und Insidern längst bekannt, dem zuschauenden Publikum von Spiegel-TV wurde jedoch nahe gebracht, dass nicht alles harmlos ist, was funkt. <http://www.spiegel.de/>

und/oder

Am 8. Dezember erschien in BILD.de ein Artikel über die Reflex-Studie mit dem Titel: **Neue Schock-Studie der EU:** .URL steht nicht mehr zur Verfügung

*

Chip: Kritisches zu Mobilfunksendemasten Die Computerzeitschrift Chip gab am 3. Dezember eine Pressemeldung über die Gesundheitsrisiken von Mobilfunk-Basisstationen heraus. Tenor: „Wer sich einen Sendemast aufs Dach stellen lässt und glaubt, die Strahlung gehe über ihn hinweg, der irrt“. <http://www.izgmf.de/>

Anmerkung Scherrmann: Dass dies eine Computerzeitschrift schreibt, ist schon erstaunlich Die Pressemitteilung von Chip als einseitige pdf-Datei erhalten Sie via email von info@safer-world.org .

E-Mail : pr@buergewelle.de , Internet <http://www.buergewelle.de>

Beiträge von BI Omega finden Sie u.a. unter: <http://www.buergewelle.de> (in Deutsch und Englisch) <http://www.mobilfunkkritiker.de> (in Deutsch) <http://www.grn.es/electropolucio/ciogerman.htm> (in Deutsch) http://de.groups.yahoo.com/group/mobilfunk_newsletter/ (in Deutsch) <http://www.oekosmos.de/article/archive/20/> (in Deutsch) <http://de.groups.yahoo.com/group/elektromog-liste> (in Deutsch) <http://starmailgermany.tripod.com/> (in

Deutsch) <http://forum.webmart.de/wmmsg.cfm?id=601862&t=835668#4039477> (in Deutsch)
<http://www.grn.es/electropolucio/00omega.htm> (in Englisch) <http://groups.yahoo.com/group/emf-omega-news/> (in Englisch) <http://teleline.terra.es/personal/kirke1/pagact.html> (in Englisch)
http://www.hohle-erde.de/body_home.html#bio (Link für Newsletterbestellung u.a.)

=====

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

Von Greenpeace e.V. - 09.12.04:

Neue Studie: Gen-Mais kann Schmetterlinge gefährden / Greenpeace fordert europaweites Anbauverbot

Hamburg (ots), 9. 12. 2004 - Einer neuen Langzeitstudie zufolge können die genmanipulierten Maissorten MON810 und Bt11 Schmetterlinge gefährden. MON810 der Firma Monsanto ist in der EU bereits zugelassen, für Bt11 von Syngenta steht die Zulassung an. Die Forscher der Universität Maryland fanden heraus, dass sich über 20 Prozent der Raupen des geschützten Monarchfalters nicht zu Schmetterlingen entwickelten, nachdem sie Gen-Mais-Pollen gefressen hatten. Die erste Langzeituntersuchung der beiden Gen-Maissorten wurde über zwei Jahre unter Praxisbedingungen in den USA durchgeführt. Der Monarchfalter kommt in Europa nicht vor, doch fehlen ähnliche Langzeituntersuchungen für heimische Arten. Greenpeace fordert die Mitgliedsstaaten auf, sowohl den Anbau von MON810 als auch die anstehende Zulassung für Bt11 zu stoppen. EU-Staaten können den Anbau nachträglich verbieten, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse über Gefährdungen vorliegen.

"Die neue Studie belegt, dass die Wirkung von Genmanipulation unkalkulierbar ist und man den Untersuchungen der Gen-Konzerne nicht trauen kann", sagt Christoph Then, Gentechnik-Experte von Greenpeace. "Die europäischen Staaten müssen angesichts dieser Ungewissheit jetzt handeln. Der Anbau der verdächtigen Gen-Maissorten muss gestoppt werden."

Die Studie vom August 2004 liefert Belege für die Gefahren von Gen-Mais, vermutet aber, dass der Monarchfalter nicht als Art gefährdet sei, da sich sein Verbreitungsgebiet nicht auf Anbaugelände von Gen-Mais konzentriert. In Europa gehört unter anderem das Tagpfauenauge zu den Arten, deren Raupen ähnlich empfindlich sind.

Die Sorten MON810 und Bt11 bilden ein Gift, das den so genannten Maiszünsler tötet. Aber auch nützliche Insekten können von den giftigen Pollen der Pflanzen betroffen sein. Bisher hat die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA den Anbau und Verzehr der beiden Sorten als unbedenklich eingestuft. In einer Stellungnahme vom Juli 2004 bezeichnet sie mögliche Auswirkungen auf Schmetterlinge unter Verweis auf ältere Untersuchungen als "vernachlässigbar". Im September 2004 ließ die Europäische Kommission 17 Varianten des Gen-Maises von Monsanto in den offiziellen Saatgut-Katalog aufnehmen, aus dem Landwirte ihr Saatgut für 2005 bestellen können.

In den letzten Jahren gab es bereits zahlreiche Hinweise auf mögliche schädliche Auswirkungen von genmanipuliertem Mais auf Schmetterlinge. Untersuchungen am Gen-Mais Bt176 der Firma Syngenta haben für heftige Kontroversen gesorgt. Die beobachteten Effekte wurden damit erklärt, dass dieser Mais eine besonders hohe Giftkonzentration in seinem Pollen habe. Monsanto und Syngenta, die MON810 und Bt11 produzieren, behaupteten, dass der niedrigere Gehalt von Bt-Gift in den neuen Pflanzen keine Gefahr für Schmetterlinge darstellen würden. Die neuen Untersuchungen widerlegen diese Behauptung.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Dr. Christoph Then, Tel. 0171-8780 832, oder Pressesprecherin Simone Miller, Tel. 040-30618-343. Die Studie "Effects on Monarch Butterfly Larvae after continuous exposure to Cry1Ab-expressing corn during anthesis"(10 S.) und Hintergrundinformationen lassen wir Ihnen gerne zukommen.

Internet: www.greenpeace.de ots-Originaltext: Greenpeace e.V. Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=6343>

=====

INDUSTRIE

14.12.04

Von Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft - **Greenpeace schürt "Geschäft mit der Angst" / "EinkaufsNetz" erweist Verbrauchern einen Bärendienst**

Bonn (ots) - Die in Ausgabe 12/2004 des Greenpeace Newsletters publizierten Aussagen zu Nitrat und Pflanzenschutzmittelrückständen im Salat zeigen, dass Meinungsmache und Effekthascherei für die Hamburger Organisation offenbar wieder einmal wichtiger sind als eine **sachliche Bewertung**. Salat, Obst und Gemüse gehören auch im Winter auf den Tisch der Verbraucher, die der Panikmache nicht aufsitzen sollten.

Fakt ist, dass in dieser Erhebung die Nitratgehalte der Salate aus "Bioproduktion" mit 3200 mg/kg und 2710 mg/kg etwa dem Durchschnitt aus "konventionellem" Anbau (3122,4 mg/kg) entsprechen. **Fakt ist**, dass die Rolle von Nitrat in der menschlichen Ernährung heute z.T. neu eingeordnet wird und eine Verunsicherung der Verbraucher - mit der Folge eines möglicherweise rückläufigen Verzehrs - ganz und gar nicht zu positiven Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen führt (vgl. L'hirondel und L'hirondel, 2002: Nitrate and Man - toxic, harmless or beneficial? CABI Publishing, Oxon, UK). Darüber hinaus sollten Sommergrenzwerte im Sommer und Wintergrenzwerte im Winter genutzt werden, ganz einfach deshalb, weil der Ab- und Umbau von Nitrat in den Pflanzen auf Grund geringerer Sonneneinstrahlung im Winter generell langsamer verläuft.

Fakt ist, dass der von der Hamburger Organisation **selbst gestrickte Summengrenzwert für Pflanzenschutzmittel jeglicher wissenschaftlichen Basis entbehrt. Deshalb hat der Gesetzgeber mit Bedacht nur Summengrenzwerte für Wirkstoffe mit gleichem Wirkmechanismus, nicht aber einen pauschalen Summengrenzwert festgelegt.**

Fakt ist, dass viele angebliche Grenzwertüberschreitungen ausschließlich darauf beruhen, dass Pflanzenschutzmittel z.T. in einzelnen Ländern der EU zugelassen sind, nicht aber in Deutschland, weil z.B. die entsprechenden Kulturen hier kaum oder gar nicht angebaut werden.

Fakt ist schließlich auch: "Frischer Salat, Obst und Gemüse sind durch nichts zu ersetzen außer durch mehr Salat, Obst und Gemüse". Der Gesundheitswert gegen Volkskrankheiten wie Übergewicht, Arteriosklerose und Krebs ist so groß, dass die Verbraucher sich den regelmäßigen Verzehr von Salat, Obst und Gemüse auch im Winter nicht ausreden lassen sollten.

Originaltext: Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft,

Institut für Landwirtschaft und Umwelt e-Mail: ilu@fnl.de , Internetsite: www.fnl.de/ilu/iluindex.html,

Abdruck kostenlos unter Quellenangabe, Beleg erbeten. Verantwortlich: Dr. Andreas Frangenberg

*

14.12.04 **Greenpeace-Salate - grün, knackig und gesund**

Frankfurt a.M. (ots) - Es lohnt sich, genauer hinzuschauen: "Voller Nitrat und Pestizide" befand Greenpeace 21 Salat-Proben, die im Auftrag der Umweltorganisation auf Rückstände getestet wurden. Fünf der 21 Proben hätten "gesetzliche Grenzwerte erreicht oder gar überschritten". Analysiert man allerdings die Messergebnisse auf der Homepage von Greenpeace, gibt keine einzige Salat-Probe Anlass zur Besorgnis.

Die in einem belgischen Kopfsalat gemessene geringfügige Überschreitung der geltenden Höchstmenge liegt noch im Bereich des Messfehlers. Sie hätte keine Beanstandung der Behörden gerechtfertigt. Auch in zwei Rucola-Proben wurden Höchstmengen-Überschreitungen festgestellt. Eine davon bewegt sich wiederum im Bereich des Messfehlers. Die zweite Überschreitung betrifft den Wirkstoff Ethofenprox, der in Deutschland bei Salat nicht zugelassen ist. Deshalb gilt für Rückstände dieses Wirkstoffs in Rucola die Nachweisgrenze als Höchstmenge. Für denselben Wirkstoff sind allerdings im Juni für importiertes Stein- und Kernobst, Pfirsiche, Tomaten, Trauben und Kopfkohle deutlich höhere Höchstmengen festgesetzt worden. Bei Rucola ist lediglich wegen dessen geringer Marktbedeutung kein Antrag für einen entsprechenden Grenzwert gestellt worden.

Höchstmengen für Pflanzenschutzmittel sind ohnehin keine Gesundheitsbezogenen Werte. Sie dienen der Kontrolle darüber, ob Pflanzenschutzmittel korrekt eingesetzt wurden. Alle Höchstmengen liegen weit unterhalb der Werte, die als sicher für die Gesundheit ermittelt wurden. Selbst ihre mehrfache Überschreitung ist weit davon entfernt, den Verbraucher zu gefährden. Wirkstoffe, die Krebs auslösen könnten, haben keine Chance, als Pflanzenschutzmittel zugelassen zu werden.

Auch die von Greenpeace ermittelten Nitratwerte liegen im grünen Bereich. Alle bewegen sich innerhalb der Höchstgehalte, die für im Winter geernteten Salat gelten. Diese Werte berücksichtigen, dass der Nitratgehalt in Pflanzen steigt, wenn im Winter die Nitrat abbauende Sonneneinstrahlung geringer ist als im Sommer. Greenpeace hat für seine Bewertung der Wintersalate die niedrigeren Sommer-Höchstgehalte zugrunde gelegt. Überhöhte Werte fand Greenpeace wiederum in Rucola-Proben. Allerdings gelten die von der EU festgelegten Nitrat-Höchstgehalte nicht für Rucola, da er zu den Kräutern gerechnet wird. Greenpeace gesteht dies im Text beiläufig zu, verzichtet aber dennoch nicht auf eine negative Bewertung.

Empfehlung an Greenpeace: Lieber Schlauchboote als Fakten aufblasen.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 49 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

URL steht nicht mehr zur Verfügung

Pressekontakt: Industrieverband Agrar e. V., Pressestelle Hannelore Schmid, E-Mail: schmid.iva@vci.de www.iva.de

*

Original-Artikel von Greenpeace:

13.12.04: Greenpeace: Giftige Pestizide und Nitrat im Salat. Fast ein Viertel der konventionellen Ware erreicht oder überschreitet Grenzwerte

Hamburg, 13. 12. 2004 - Das Greenpeace-EinkaufsNetz hat in einem neuen Test erstmalig Blattsalate auf Spritzmittelrückstände und Nitrat untersuchen lassen. Das erschreckende Ergebnis: Keiner der Salate aus konventioneller Landwirtschaft, die aus dem Angebot der Supermarktketten Edeka, Metro, Lidl, Rewe, Spar und Tengelmann stammten, war frei von Pestizidrückständen. Fünf dieser 21 Kopf-, Eichblatt- und Rucolasalate erreichten den gesetzlichen Grenzwert für Spritzmittel oder überschritten diesen sogar - bis um das 36-fache. Die zum Teil massiven Überschreitungen fanden sich in Salaten aus Italien und Belgien. Gut schnitten bei dem Test der insgesamt 23 Salate allein zwei Bio-Salate ab, in denen keine Pestizide nachgewiesen wurden. Greenpeace hat Anzeige gegen Rewe und Tengelmann wegen des wiederholten Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz erstattet und fordert, die Vermarktung derartiger Ware zu stoppen und die Hersteller zu nennen.

"Viele Pestizide dran und wenig Nährstoffe drin - für Blattsalate gilt das gerade im Winter", sagt Manfred Krautter, Chemieexperte von Greenpeace. "Damit Kopf-, Eichblatt- oder Rucolasalat in dieser Jahreszeit überhaupt gedeiht, wird er häufig in Treibhäusern gepöppelt, stark gespritzt und überdüngt, wodurch die Pestizid- und Nitratwerte nach oben schnellen. Der Verkauf von fast einem Viertel der Testware ist gesetzeswidrig. Bisher unternehmen Handelsketten und Lebensmittelüberwachung nichts dagegen. Dies ist ein Skandal, der die Gesundheit besonders von Kindern gefährdet, da sich ihre Organe noch in der Entwicklung befinden."

Vor allem die Pestizide Deltamethrin, Diphenyl, Diflubenzuron, Ethofenprox und Iprodion, die zum Teil Krebs auslösen und das Hormonsystem beeinträchtigen können, wiesen zu hohe Werte auf. In 91 Prozent der belasteten Salate fanden sich zudem gesundheitlich besonders bedenkliche Giftcocktails mit bis zu acht Pestiziden gleichzeitig. In den meisten Blattsalaten war zusätzlich der Gehalt an Nitrat stark erhöht. Diese können sich im Körper in Krebs erzeugende Nitrosamine umwandeln.

Für den Test hatten Greenpeace-Mitarbeiter Ende November in Supermärkten in Hamburg, Köln, Kassel, Leipzig und Stuttgart Salate gekauft. Die Proben überprüfte ein Speziallabor auf über 350 verschiedene Pestizidrückstände.

Nach Zahlen des Verbraucherministeriums wird der Pestizid-Grenzwert in pflanzlichen Lebensmitteln immer öfter überschritten: Der Anteil hat sich von vier Prozent im Jahr 1998 auf neun Prozent im Jahr 2002 mehr als verdoppelt. "Der Lebensmittelhandel verkauft täglich millionenfach Salate, Obst und Gemüse mit zu hohen Pestizidbelastungen. Der Handel, Ministerin Künast und die Behörden müssen dem endlich Einhalt gebieten. Den Verbrauchern können wir im Moment nur Bio-Lebensmittel empfehlen, sie sind in der Regel frei von Pestizidrückständen", erklärt Krautter. Die Testergebnisse

sind im neuen Rundbrief des Greenpeace-EinkaufsNetzes zu erhalten, kostenlos unter Telefon 040-306180 oder im Internet unter www.greenpeace.de/einkaufsnetz .

Hervorhebungen Scherrmann. Anmerkung Scherrmann: Ich habe die Pressemitteilungen der Industrieverbaende hier aufgenommen, weil sie deutlich zeigen, wie die Industrie argumentiert, wie Fakten verdreht werden, welche Rolle die Sprache bei der Beeinflussung der LeserInnen spielt. Leider ist es mir aus Zeitgruenden nicht moeglich eine ausfuehrliche Analyse zu machen. Vielleicht macht dies jemand der Leserinnen und Leser?

=====

INFORMATIONEN in Kurzform

15.12.2004

Jeder dritte deutsche fuehlt sich von Fluglaerm belaestigt Über 30 Prozent der Deutschen fühlen sich durch Fluglärm belästigt. Zur Lärmbelästigung kommen Kommunikationsprobleme, Beeinträchtigung der Arbeit sowie Störungen

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=338685,3772,/medizin/umweltmedizin>

Rauchen: Folgen kosten 20 Milliarden jaehrlich München (dpa) - Die gesundheitlichen Folgen des Rauchens belasten die Volkswirtschaft in Deutschland mit jährlich fast 20 Milliarden Euro. Das haben bayerische Wissenschaftler in einer Studie für das Bundesgesundheitsministerium errechnet. Nach der... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=12&d=16&id=116944>

14.12.2004

Krebserkrankungen im Kindesalter nehmen in Europa zu LONDON. Laut Forschungsberichten aus 19 europäischen Ländern haben Krebserkrankungen im Kindesalter in den letzten drei Jahrzehnten langsam aber stetig zugenommen (Lancet 2004; 364: 2097).

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11488&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Deutsche Pharmakonzerne liefern bedenkliche Arzneimittel in die dritte Welt BIELEFELD. Knapp 40 Prozent der untersuchten Medikamente, die deutsche Pharmakonzerne in die dritte Welt liefern, sind irrational oder sogar gefährlich. Das berichtet die Initiative „Pharma-Kampagne“ ..

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11493&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Praevention fordern und foerdern Pharmafirmen sollten sich nach Ansicht von Dr. Marcel Mangel, Geschäftsführer bei Janssen-Cilag, auch für die Prävention stark machen. Gerade die Früherkennung führe häufig dazu, daß eine Arzneitherapie noch rechtzeitig genug eingeleitet werden könne.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=338531,3770,/politik/gesundheitsystem_uns

Anmerkung Scherrmann: Typisches Beispiel wie unterschiedlich der Begriff "Praevention" verstanden werden kann.

Tschechien: Nichtrauchergesetz geplant PRAG. Ärzte in der Tschechischen Republik haben Pläne der Regierung begrüßt, Nichtraucher besser in der Öffentlichkeit vor den gesundheitlichen Gefahren des Passivrauchens zu schützen.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11479&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

10.12.2004

Down-Under: Rauchverbot in Neuseeland Wellington (dpa) - Neuseelands Kneipen, Restaurants und andere öffentliche Gebäude sind von Freitag an rauchfreie Zonen. Viele Wirte hätten jedoch mit dem Bau von Terrassen und Balkonen auf das neue Gesetz reagiert, um die qualmende Kundschaft nicht... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=12&d=10&id=116845>

Laptops beeinträchtigen männliche Zeugungsfähigkeit Das Balancieren auf dem Schoß erhöht Temperatur der Hoden <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=041209036>

Fast jedes zweite Kind auf der Welt ist arm UNICEF-Jahresbericht zur Situation der Kinder <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=041209043>

Gehäuft grauer Star bei langem, intensivem Kontakt mit Blei US-Forscher vermuten einen Zusammenhang zwischen hoher Blei-Belastung und dem Auftreten von Katarakten. Bei Personen mit hoher Belastung wird eine Katarakt nämlich etwa dreimal häufiger diagnostiziert als bei Personen mit geringer Belastung. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=337831,3763,/medizin/umweltmedizin>

07.12.2004

Krankengeld: Richter stärken Rechte kranker Arbeitsloser Kassel (dpa) - Arbeitslose haben auch dann Anspruch auf Krankengeld, wenn sie statt Vollzeit wegen einer Erkrankung nur noch Teilzeit arbeiten können. Das hat das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel in einem am Mittwoch bekannt gewordenen... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=12&d=9&id=116832>

Leichte Beschwerden: Kein Grund für Berufsunfähigkeit Saarbrücken (dpa) - Gesundheitsstörungen, die sich leicht und risikolos beheben oder mildern lassen, bewirken keine «echte» Berufsunfähigkeit. Das geht aus einem Urteil des Saarländischen Oberlandesgerichts (OLG) Saarbrücken hervor. <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=12&d=9&id=116831>

Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen steigt überproportional WIESBADEN. Um 25 000 oder 0,6 Prozent ist die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen im Jahr 2003 gestiegen, gleichzeitig blieb die Zahl der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft nahezu konstant. ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11431&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Linsentrübung durch chronische Blei-Exposition BOSTON. Eine chronische Exposition mit dem Schwermetall Blei kann zu einer Katarakt führen. Das behaupten Harvard-Mediziner im amerikanischen Ärzteblatt (JAMA 2004; 292: 2750-2754) und belegen dies ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11422&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

06.12.2004

Früherkennung von Allergien bei Kindern ist das A und O Juckende Haut, tiefende Nase oder anfallsweise Atemnot - Allergien plagen immer mehr Kinder und Jugendliche in den Industrieländern. In Deutschland leiden inzwischen sechs bis sieben Prozent der Fünf- bis Fünfzehnjährigen an atopischer Dermatitis, drei bis sieben Prozent an Asthma bronchiale und drei bis elf Prozent an Heuschnupfen. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=337104,3758,/medizin/allergien>

Konservierungsmittel in Kosmetika fruchtsschädigend Expertenstreit über Gefährlichkeit von Methylisothiazolinone <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=041206025>

03.12.2004

EU-Richtlinie: Bundestag verbietet Patente auf menschliche Gene Der Bundestag hat die Umsetzung der europäischen Biopatentrichtlinie beschlossen. Das Gesetz verbietet das Klonen von Menschen, den Eingriff in das menschliche Erbgut und Stoffpatente auf menschliche Gene. Im Gegenzug können genetische Veränderungen bei Tieren und Pflanzen patentiert werden. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-330835,00.html>

Hohe Schadstoffwerte: EU zwingt Städte zu Fahrverboten und City-Maut Jahrelang haben deutsche Städte die europäischen Schadstoffgrenzwerte ignoriert. Ab Januar zwingt die EU sie zur Einhaltung. Nun drohen Fahrverbote und Straßensperrungen in den Innenstädten, vielleicht sogar die Einführung einer City-Maut nach Londoner Vorbild. <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,druck-330927,00.html>

=====
Laengere INFOS aus unterschiedlichen Quellen

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren

16.12.2004 **Steuer-Oase Bundesrepublik Wie BAYER sich arm rechnet**

Von Udo Hörster

Im Jahr 2004 wartet Leverkusen wieder einmal vergeblich auf Gewerbesteuer-Überweisungen von BAYER. Wie andere Konzerne zahlt der Chemie-Multi in der Bundesrepublik kaum noch Steuern. Die Bücher „Asoziale Marktwirtschaft“ von Hans Weiss und Ernst Schmiederer und „Geheimnisse der Unternehmenssteuern“ von Lorenz Jarass und Gustav M. Obermair enthüllen, mit welchen ganz legalen Steuertricks BAYER & Co. Milliarden einsparen und Bund, Ländern und Kommunen so die größten Probleme bereiten....

Vorabdruck aus "Stichwort BAYER" 4/2004. Gerne senden wir ein Probe-Exemplar zu CBGnetwork@aol.com

Asoziale Marktwirtschaft; Hans Weiss/Ernst Schmiederer; 341 S.
Geheimnisse der Unternehmenssteuern; Lorenz Jarass/Gustav M. Obermair; 180 S.
Beide Bücher sind beim j5A-Versand zu bestellen: www.j5A.net

Coordination gegen BAYER-Gefahren emial: CBGnetwork@aol.com web: www.CBGnetwork.de

PAN Germany Presse-Information

Hamburg, 01.12.2004 **Detaillierte Stellungnahme von PAN Germany zum neuen „Reduktionsprogramm Chemischer Pflanzenschutz“ der Bundesregierung**

Hamburg – Die Umweltschutzorganisation Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) hat heute eine umfassende Stellungnahme zu dem neuen „Reduktionsprogramm Chemischer Pflanzenschutz“ des Bundesverbraucherministeriums vorgelegt.

Am 1. Januar 2005 soll die Umsetzung des von Ministerin Renate Künast am 29. Oktober 2004 der Öffentlichkeit vorgestellten Pestizid-Reduktionsprogramms beginnen. PAN Germany hatte in einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Naturschutzbund NABU vom 29. Oktober 2004 das Maßnahmenpaket des Reduktionsprogramms grundsätzlich begrüßt, aber die geplanten Ziele, Indikatoren sowie die Ausstattung als unzureichend bewertet. Jetzt liegt eine detaillierte 15-seitige Stellungnahme von PAN Germany vor. Darin wird das Reduktionsprogramm genauer analysiert, die derzeitigen Mängel des Reduktionsprogramms aufgezeigt und Vorschläge zur Verbesserung formuliert. (939 Zeichen mit Leerzeichen)

Für Rückfragen:

Carina Weber, PAN Germany Geschäftsführerin, Tel. 040-399 19 10-23 Weitere Informationen: Die Stellungnahme findet sich als Download unter: <http://www.pan-germany.org/stellung.htm> (weitere Informationen zum Thema finden sich unter: <http://www.pan-germany.org/info/pestredukt.htm>).

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. email: presse@pan-germany.org : <http://www.pan-germany.org>

Von Schlenker public relations:

03.12.04 Nicht immer ist das Wetter schuld: Stress häufigste Ursache für Kopfschmerzen

Stuttgart (ors) -

Rein statistisch trifft es jeden Dritten mindestens zweimal im Monat:

Umfrage

Stress und Schlafmangel, das ist für mich immer ein Grund, Kopfschmerzen zu bekommen .../... Ich krieg Kopfschmerzen, wenn ich zu wenig getrunken habe und wenn ich mich sehr angestrengt hab, Prüfungsstress oder irgendwie so was, dann krieg ich auch Kopfschmerzen .../... Vor allem, wenn's kühler wird und auch das Wetter wechselhaft ist, dann kann das schon mal vorkommen .../... Ich bekomme immer Kopfschmerzen, wenn es einen Wetterumschwung gibt ../... Gerade jetzt, in der dunklen Jahreszeit leid' ich öfters unter Kopfschmerzen.

Moderation

Der Schädel brummt und Schmerzen - so stark, dass es einem den Tag verdirbt. Laut einer aktuellen Umfrage schieben's die meisten aufs Wetter. Am Telefon ist jetzt Allgemeinmediziner Herr Dr. Oestreich. Stimmt das? Ist das Wetter Kopfschmerzursache Nr. 1?

O-Ton

Nein, man kann das nicht pauschalisieren. Viele Menschen denken zwar, dass ihre Kopfschmerzen durchs Wetter kommen und einen kleinen Teil trifft das sicherlich auch zu. Aber meistens liegen die Ursachen anderswo, nämlich in schleichendem Stress, den man sich selbst gar nicht bewusst macht. Das fängt damit an, dass wir in einer ungünstigen Körperhaltung lange vor dem Bildschirm sitzen oder bei schlechtem Licht arbeiten. Und vielen Fällen kommen eben Schlafmangel, privater oder beruflicher Stress, Überforderung oder zu wenig Bewegung hinzu. Es gibt endlos viele Stressfaktoren, die Folgen sind eben Muskelverspannungen mit Kopfschmerzen.

Moderation

Wenn man also effektiv etwas gegen Kopfschmerzen machen will, muss man eigentlich den Stress vermeiden?

O-Ton

Das ist ganz richtig. Was gut gegen Stress ist, hilft auch, Stresskopfschmerzen zu vermindern. Ich will es einmal aktive Entspannung nennen. An erster Stelle stehen Ausdauersport, außerdem Entspannungsübungen, wie beispielsweise Autogenes Training. Wichtig ist, dass man regelmäßig etwas tut und achten sollte man auch auf ausreichenden Schlaf. Alkohol und Nikotin sollte man am besten ganz weglassen. Und auch wichtig ist: Genügend Flüssigkeit zu trinken, etwa zwei Liter pro Tag. Und wer sich daran hält, bekommt in der Regel seinen Kopfschmerz gut in den Griff.

Moderation

Warum sind denn mehr Frauen von Kopfschmerzen betroffen als Männer?

O-Ton

Das liegt sicherlich an der Doppel- und Dreifachbelastung. Gerade Frauen möchte ich, wie allen Kopfschmerz-Geplagten, ans Herz legen, dass sie sich nicht ständig selbst unter Stress setzen, sich nicht überfordern, weil sie perfekt sein wollen als Mutter oder im Beruf. Sie müssen einfach auch lernen, mal Fünf gerade sein zu lassen, "nein" zu sagen oder Aufgaben abzugeben. Bei Stresskopfschmerzen eine Pause machen, draußen spazieren gehen, eine kühle Kompresse auflegen oder auch eine Aspirin Plus C einnehmen. Wer danach wieder ans Werk geht, ist fitter, als jemand, der sich eben durchquält.

Moderation

Herr Dr. Oestreich, danke für die Tipps.

ots-Originaltext: Schlenker public relations, Digitale Pressemappe:
<http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=43431>

Rückfragen bitte an: Schlenker public relations Nicole Butz Email: redaktion@schlenker-pr.de

Anmerkung Scherrmann: Ich bin wirklich neugierig, wie viele Jahre noch vergehen muessen, bis AerztInnen in den Ursachenkatalog von Kopfschmerzen auch Parfuems, Wasch-, Putzmittel, Kosmetika, Einrichtungsgegenstaende, spezielle Emmissionen durch die winterliche Wetterlage etc. etc. einfuegen. Alle, die sich schon ein wenig kundig gemacht haben, wissen: gerade in der Vorweihnachts- und Weihnachtszeit gibt es vermehrt Stoffe in der haeuslichen Umgebung, die Kopfschmerzen ausloesen koennen, z. B. , Schwefel in Kerzen, Terpene in Fichten und Tannen, Pestizide in Weihnachtssternen, Substanzen im Weihrauch, Chemische Substanzen in Duftstoffen, Hochglanzbroschueren, ...

Von Presstext.de:

Schon niedrige Dosen Benzol gesundheitsschaedigend. Reduktion der weissen Blutkoerperchen. Berkeley (pte, 03. Dez 2004 12:37) - Eine Studie an chinesischen Fabrikarbeitern hat gezeigt, dass eine Aussetzung an die Chemikalie Benzol diverse Typen von Blutzellen zerstört. Diese Auswirkungen wurden unter der in den USA maximal erlaubten Konzentration beobachtet. Die Studie wurde von Wissenschaftlern der Universität von Kalifornien <http://www.berkeley.edu/> unter der Leitung von Martin Smith in Kooperation mit dem Chinesischen Zentrum für Krankheitskontrolle und -prävention durchgeführt. 16 Monate begleiteten sie 250 Arbeiter in einer Schuhfabrik in der Nähe von Tianjin, die verschiedenen Graden von Benzolkonzentration ausgesetzt waren. Die Forscher verglichen die Zahlen ihrer Blutzellen mit denen von Arbeitern aus einer nahe gelegenen Kleiderfabrik, die keinem Benzol ausgesetzt waren.

Benzol, das als industrielles Lösungsmittel verwendet wird und auch in Zigarettenrauch und Auspuff-Abgasen auftritt, wurde lange Zeit mit der Blutkrankheit Leukämie in Verbindung gebracht. Die aktuelle Studie zeigt, dass bereits niedrige Konzentrationen der Chemikalie das Blutsystem schädigen. Arbeiter, die Benzol ausgesetzt waren, wiesen eine Reduktion der weißen Blutkörperchen und der Blutplättchen auf. Arbeiter, die den höchsten Niveaus von Benzol ausgesetzt waren, über 10 parts per million (ppm), hatten um 24 Prozent weniger weiße Blutkörperchen als ihre Gegenstücke in der Kleiderfabrik. Sogar jene, die weniger als einem ppm ausgesetzt waren, hatten eine Verminderung der weißen Blutkörperchen um 15 Prozent. Bei vielen Typen weißer Blutzellen waren die Zellenzahlen reduziert, einschließlich der Granulozyten, der Lymphzellen und der B-Zellen. Deshalb vermuten die Forscher, dass Benzol bereits die Vorläuferzellen schädigt.

Weiters identifizierten die Forscher zwei genetische Varianten, die die Schädigung durch das Benzol beschleunigen könnten. Jene mit bestimmten Versionen zweier Stoffwechsellzyme, die das Benzol in noch schädlichere Komponenten umwandeln, weisen niedrigere Zellenzahlen auf. Menschen mit aktivierten Versionen dieser Enzyme sind eher dafür anfällig, Schäden davon zu tragen, so Nathaniel Rothman vom US National Cancer Institute. "Mehr als 50 Prozent der Allgemeinbevölkerung haben eine Variante mit hoher Aktivität", so der Experte. Rothman forderte andere Wissenschaftler auf, die Ergebnisse seines Teams zu replizieren, um die Gesundheitsgefahren zu bestätigen. Das könnte ein Überdenken der rechtlichen Bestimmungen zur Obergrenze der Belastung notwendig machen.
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=041203023>

und/oder

BERKELEY. Benzol gehört zu den krebserregenden Stoffen, für die eine maximale Arbeitsplatz-Konzentration (MAK) aufgestellt wurde, die Arbeiter vor Schäden schützen soll.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11377&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Von presstext.de

Industrie negiert Chemiegefahren. Experten kritisieren Ignoranz gegen wissenschaftliche Beweise

Genf (pte, 03. Dez 2004 13:45) - Klare wissenschaftliche Beweise über die Gefährlichkeit von chemischen Substanzen werden von der chemischen Industrie in Europa hartnäckig verneint. Zu diesem Schluss kommt ein hochrangiger WHO-Mitarbeiter. Nicht nur die Tatsachen an sich würden von der Industrie angezweifelt, sondern auch die wissenschaftlichen erbrachten Beweise würden verneint, berichtet BBC-Online <http://news.bbc.co.uk>.

Zur Sicherheit der Bevölkerung vor chemischen Substanzen, wurde von der EU-Kommission im Oktober 2003 das REACH-(Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) Programm <http://europa.eu.int/comm/environment/chemicals/reach.htm> eingeführt. Dieses Programm soll eine sichere Produktion, Vertrieb und Handhabung gefährlicher Substanzen regeln. "Die Durchsetzung dieses Programms macht auch auf Seiten der chemischen Industrie Änderung erforderlich", so Roberto Bertolini, Chef des Special Health and Environment Programme der WHO-Europa. Der Experte wirft dem European Chemistry Industry Council (CEFIC) eine sehr verzerrte Ansicht zu wissenschaftlicher Literatur über Chemie und Kindergesundheit im speziellen vor. "Um die Wirkungen von Chemikalien zu verstehen, muss man sie in einem weiteren Kontext betrachten", fordert der Fachmann. Es sei unverantwortlich eine Korrelation zwischen Abgasen und Asthma zu leugnen. Das gleiche gelte für Gifte wie Blei oder Quecksilber. Deren Gefahrenpotenzial dieser ist in wissenschaftlichen Arbeiten ausführlich dokumentiert.

Der Forscher besteht darauf zu erwähnen, dass nicht alle Chemikalien zu Gesundheitsschäden führen, aber unter gewissen Umständen stehen gewisse Stoffe zweifellos in Verbindung mit Erkrankungen bei Kindern. "Die Industrie leugnet vehement, dass es eine Verbindung zwischen chemischen Verbindungen und Krankheiten gibt, selbst wenn dies wissenschaftlich bewiesen ist", so Bertolini. Dies sei etwa bei Atemwegserkrankungen verursacht durch Abgas-Partikel der Fall.

Seit Jahren versuchen Umweltorganisationen auch den Kampf gegen die PVC-Industrie zu gewinnen. Doch die Lobby des Industriezweiges ist sehr stark. Während der gesamten Produktlebenslinie wirft PVC schwerwiegende ökologische Probleme auf. Es beginnt bei der Herstellung mit dem krebserzeugenden Ausgangsstoff Vinylchlorid, Organochlorverbindungen und Schwermetallen, geht weiter mit Emissionen beim Gebrauch von PVC-Produkten und endet mit dem bisher ungelösten Entsorgungsproblem. So wurden in Laboruntersuchungen mehr als 150 flüchtige organische Substanzen gefunden, die etwa aus PVC-Bodenbelägen ausgasen, darunter Alkane/Alkene, aromatische Kohlenwasserstoffe, Alkylphenole, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Carbonsäuren und Ester. Erhöhte Konzentrationen dieser Stoffe in der Raumluft können Befindlichkeitsstörungen bis hin zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen hervorrufen. Im Brandfall entstehen aus PVC-Produkten insbesondere Kohlenmonoxid, Chlorwasserstoff sowie Dioxine und Furane.

<http://www.prestext.de/pte.mc?pte=041203028>

=====

INTERNET

Ingrid Scherrmann, MCS (Multiple Chemical Sensitivity): challenges for patients, medicine, politics and society

14. November 2002, MCS, 1. Fachdialog, Diplomatische Akademie Wien

Organizer: seibersdorf research & Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Ministry for agriculture, forestry).

(jetzt erst wurde die Rede ins Englische uebersetzte "Wiener Rede" auf Draengen der Chefredakteurin von www.peacejournalism.com ins Internet gestellt .) Die Original (deutsche) und/oder die Englische ppt als pdf-Datei bekommen Sie ueber info@safer-world.org .

Nachdem die Rede ein paar Stunden im Web stand, schrieb ein Ingenieur der US-Navy ein Kommentar, und ich darauf eine Antwort.

=====

RADIOAKTIVITAET

Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. <http://www.gfstrahlenschutz.de> Pressemitteilung vom 15.12.2004
Leukämie in der Elbmarsch angeblich zufallsbedingt: Aussage des Vorsitzenden der niedersächsischen Leukämiekommission wissenschaftlich nicht haltbar.

Die erhöhte Rate kindlicher Leukämien in unmittelbarer Nähe der Geesthachter Atomanlagen (Atomkraftwerk Krümmel und GKSS-Forschungszentrum) ist ein anhaltendes Problem. Sie begann mit einem steilen Anstieg in den Jahren 1990/91 in der Gemeinde Elbmarsch auf dem niedersächsischen Elbufer. Nach Aussage des Kinderkrebsregisters der Universität Mainz hält die statistisch auffällige Leukämieerhöhung bei Kindern bis heute an.

Zur Ursachenaufklärung wurden eine Expertenkommission Leukämie und eine AG Belastungsindikatoren beim Niedersächsischen Sozialminister eingerichtet. Das Ministerium hat am 10.12.04 einen Abschlussbericht der beiden Vorsitzenden dieser Kommissionen vorgelegt. Die 26 weiteren Mitglieder der beiden Kommissionen sind an diesem Bericht nicht beteiligt worden. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass das Leukämiephänomen Zufall sein müsse. Es wird behauptet, kindliche Leukämien träten grundsätzlich in Clustern auf, die weltweit aufzufinden wären. Damit fällt der Bericht weit hinter den erreichten wissenschaftlichen Erkenntnisstand zurück: Clusteranalysen in Westdeutschland (Breckow, J., W.Geuer, E.Kvasnicka: Regionale Verteilungsmuster der Leukämiehäufigkeiten bei Kindern in Westdeutschland 1975-1990, Gesundh.-Wes. 57(1995)69-74) haben ergeben, dass eine Abweichung der Leukämiehäufigkeit bei Kindern von einer statistischen Zufallsverteilung (Poissonverteilung) nicht gegeben ist. Real ist das Krümmelcluster nach Analyse des Deutschen Kinderkrebsregisters in Mainz statistisch weit herausragend. Die Autoren gaben die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche Häufung zufällig auftritt, mit 1:3000 an (dabei waren nur die Fälle bis 1994 berücksichtigt).

Wir verweisen auf einen Brief von P. Kaatsch vom Deutschen Kinderkrebsregister vom 6.10.2003 an das Niedersächsische Sozialministerium, in dem der Autor es als "sehr erschreckend" bezeichnet, "dass immer wieder ein weiterer Erkrankungsfall auftritt." "Selbst wenn man die statistisch deutlich auffällige Häufung der Erkrankungsfälle aus dem Anfang der neunziger Jahre weglässt, zeigen unsere aktuellen Daten erneut eine statistisch auffällig erhöhte Zahl der Erkrankungen für die unmittelbare Nähe des KKW." Und: "Wir sollten die Region daher auf jeden Fall weiterhin sorgfältig beobachten." Wir empfinden es nur als peinlich, dass in dem Abschlussbericht sogar eine "besondere Leukämieempfindlichkeit der betroffenen Wohnbevölkerung" als mögliche Ursache angegeben wird, ohne den geringsten Hinweis für diese Vermutung zu besitzen.

Der Abschlussbericht erfüllt nicht die einfachsten Ansprüche, die an eine wissenschaftliche Arbeit zu stellen sind - in dem Text des Berichtes gibt es keine Quellenangaben. Damit wird eine Nachvollziehbarkeit der Schlussfolgerungen unmöglich gemacht. Eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den Indizien für eine Radioaktivitätsursache, die eine inzwischen große Gruppe von Fachleuten aufgrund von Messungen und Gutachten zusammengetragen hat, erfolgt nicht. Das Ministerium wird daher den Fall nicht wie gewünscht ad acta legen können.

Die Fachwelt wird aufgefordert, die beteiligten Wissenschaftler in ihren Bemühungen um Ursachenaufklärung und -beseitigung zu unterstützen.

gez.

Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Prof. Dr.Dr.hc Edmund Lengfelder, Prof. Dr. Horst Kuni Prof. Dr. Wolfgang Köhnlein , Prof. Dr. Otmar Wassermann Dr. Sebastian Pflugbeil
Geschäftsstelle der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V: Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Peter-Michels-Str. 54, 50827 Köln Tel./Fax 0221-3686805

Obiges Schreiben ist die Reaktion auf die Meldung, die in fast allen Medien (Tageszeitungen, Aerztezeitungen, Nachrichten der TV-sender, ..) verkuendet wurde und so den LeserInnen bzw. ZuschauerInnen suggerierte:

Leukaemie in der Elbmarsch bleibt weiter ein Raetsel Das Rätsel um die 15 Leukämie-Erkrankungen von Kindern im Umkreis des Kernkraftwerkes Krümmel an der Elbe und dem

Forschungsreaktor Geesthacht kann auch nach 14 Jahren Expertenbemühungen offenbar nicht aufgeklärt werden. http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=338304.3769./politik/gesundheitsystem_uns

Abschlussbericht: Leukaemie-Haeufung in der Elbmarsch bleibt ungeklaert

Die Häufung von Leukämiefällen unter Kindern in der Umgebung des schleswig-holsteinischen Kernkraftwerks Krümmel bleibt rätselhaft. 14 Jahre nach dem Beginn der wissenschaftlichen Untersuchungen räumt eine Expertenkommission ein, keinen klaren Ergebnisse gefunden zu haben. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-332206,00.html>

Elbmarsch: Leukaemiehaeufung bleibt raetselhaft

Hannover (dpa) - Die Häufung von Blutkrebsfällen in der Elbmarsch bleibt auch 14 Jahre nach Start der wissenschaftlichen Untersuchungen rätselhaft und unter Wissenschaftlern umstritten. Der Leiter der niedersächsischen Expertenkommission, der...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=12&d=11&id=116862>

=====

RECHT

Vom Hamburger Abendblatt:

Weihnachtsduft Um die Frage, ob man im gemeinschaftlichen Treppenhaus Parfüm versprühen darf, um für eine besondere Duftnote im Haus zu sorgen, ging es bei einem Streit zwischen Wohnungseigentümern. Einige von ihnen empfanden dies als Geruchsbelästigung. Das Oberlandesgericht Düsseldorf (Az. 3 Wx 98/03) gab ihnen recht. Das Zusammenleben werde dadurch über das unvermeidbare Maß hinaus beeinträchtigt. Für den Fall einer Zuwiderhandlung drohte das Gericht ein Ordnungsgeld in Höhe von 500 Euro an. <http://www.abendblatt.de/>

V/SB-INFO: Ein Service von <http://www.uwendler.de> und von <http://www.anhaltspunkte.de> :

Allgemeine Grundlagen der neurologischen Begutachtung (PDF - 128 kb)

Die Arbeitsgemeinschaft Neurologische Begutachtung (ANB e.V.) der Deutschen Gesellschaft für Neurologie (DGN) hat zusammen mit dem Berufsverband Deutscher Neurologen (BDN) die Leitlinien "Allgemeine Grundlagen der neurologischen Begutachtung" erstellt. Die Leitlinie stellt die wesentlichen Grundlagen für die Begutachtung neurologischer Krankheiten und der daraus resultierenden Beeinträchtigungen und Behinderungen sowie die Pflichten und Rechte des Gutachters dar.

Leitlinien für die Begutachtung von Schmerzen (PDF - 80 kb)

Die Leitlinie für die Begutachtung von Schmerzen soll den Ablauf und Inhalt der Begutachtung von Patienten, die als Leitsymptom Schmerzen beklagen, vereinheitlichen. Sie soll der Komplexität von Schmerz, Schmerzerleben und Schmerzbeeinträchtigung durch die Beschreibung interdisziplinären Zusammenwirkens gerecht werden. Durch die Beschreibung sowohl der fachgebundenen Kompetenz als auch der Zusammenarbeit zwischen Gutachtern verschiedener Fachdisziplinen sollen qualitätssichernde Maßnahmen für die Gutachtenerstellung und Grundlagen für einheitliche Einschätzungen schmerzkranker Probanden in den verschiedenen Rechtsbereichen ermöglicht werden. Damit soll auch die Verständigung zwischen Ärzten und Juristen verbessert werden. Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie (DGN), die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie (DGOOC), die Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

(DGPM) sowie das Deutsche Kollegium für Psychosomatische Medizin (DKPM) und die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) haben die Erstellung dieser Leitlinien initiiert.

Leitlinie "Begutachtung nach gedecktem Schädel-Hirntrauma" (PDF - 115 kb)

Ziel der Leitlinie "Begutachtung nach gedecktem Schädel-Hirntrauma" ist die Vereinheitlichung von Ablauf und Inhalt der neurologischen Begutachtung nach Schädel-Hirntrauma sowie der Bezeichnung und Bewertung daraus resultierender Beeinträchtigungen und Behinderungen. Die Leitlinie wurde im Auftrag der Kommission "Leitlinien" der Deutschen Gesellschaft für Neurologie (DGN) von der Arbeitsgemeinschaft für Neurologische Begutachtung (ANB) in Zusammenarbeit mit benannten Vertretern der Deutschen Gesellschaft für Neurochirurgie (DGNCh), der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) sowie des Berufsverbandes Deutscher

Neurologen (BDN) erarbeitet und von der Kommission "Leitlinien" der DGN verabschiedet. Der Text der Leitlinie wurde von der Gesellschaft für Neuropsychologie (GNP) gebilligt.

LSG NRW - Beschluss vom 29.11.2004 - L 7 B 21/04 SB

Zur Untätigkeitsklage: Die Wartefristen des § 88 SGG bestimmen den Zeitraum, innerhalb dessen der Beklagte seine Sachentscheidung zu treffen hat. Dieser Zeitraum ist jeweils um Zeiten zu verlängern, die im konkreten Fall zu einer vom Normalfall abweichenden Sachbehandlung geführt haben und einen zureichenden Grund darstellen, noch nicht zu entscheiden. Dies gilt stets für Verzögerungen, die dem Widerspruchsführer oder seinem Bevollmächtigten zuzurechnen sind, aber auch für die dadurch entsprechenden Verzögerungen, dass der Beklagte sachgerechte Ermittlungen durchzuführen hat.

=====

TERMINE

„Die Alternative“ - Ausblicke auf eine andere Globalisierung.

Konferenz mit Trägern des Alternativen Nobelpreises .

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award / RLA) organisiert das Forum Goethe-Institut eine Plattform zum Wissensaustausch mit den Preisträgern.

Termin: 8. bis 12. März 2005, Goethe-Institut, Zentrale, Dachauer Straße 122, 80637 München. Die angegebene Webadresse steht nicht mehr oder unter geänderter Adresse im Netz.

=====

WISSENSCHAFT

Karl-Rainer Fabig

Multiple chemical sensitivity seen from physiological and genetic properties of human populations affected by chemical stress

The presentation was given at the second day of the "Workshop of the Thematic Network SUSTAINABILITY STRATEGY" (www.sustainability-strategy.net) "**From sustainability science to sustainability governance Proposals for an improvement of European sustainability strategy elaboration and implementation**" which was held from 01.-03.12.2004 in Roskilde and Copenhavn.

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

München, 09. Dezember 2004 **Müller: Mehr Augenmerk auf eine menschen- und umweltgerechte Produktion**

Nachhaltigkeit muss eine dauernde Verpflichtung auch in allen Bereichen der Wirtschaft sein. Anlässlich der Fachtagung "Nachhaltigkeit im Handel?" in München begrüßte Umwelt- und Verbraucherstaatssekretärin Emilia Müller daher heute das zunehmende Engagement des Handels für diese Fragen.

Nachhaltigkeit muss eine dauernde Verpflichtung auch in allen Bereichen der Wirtschaft sein. Anlässlich der Fachtagung "Nachhaltigkeit im Handel?" in München begrüßte Umwelt- und Verbraucherstaatssekretärin Emilia Müller daher heute das zunehmende Engagement des Handels für diese Fragen. "Zur dauerhaften Sicherung unserer Lebensgrundlagen müssen Handel und

Verbraucher noch mehr Augenmerk auf eine menschen-, umwelt- und tierschutzgerechte Produktion legen. Dazu gehören insbesondere faire Preise für die Urproduktion, keine Kinderarbeit und der Blick auf die Energieeffizienz", betonte Müller. Umweltzeichen und Label Fairer Handel seien hier ein guter Ansatz, den Verbraucher für Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Die Fachtagung findet im Rahmen der 70. Sitzung des Arbeitskreises für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels statt.

Einen weiteren wichtigen Baustein für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft sieht Müller im Umweltpakt Bayern. Mit derzeit fast 5.000 Teilnehmern stelle er eine der erfolgreichsten Umweltvereinbarungen in Deutschland dar. "Mit umweltbezogenen Maßnahmen bei Energie, Wasser und Abfall lassen sich beträchtliche Einsparpotentiale für Unternehmen eröffnen. Gerade beim Strom- und Heizenergieverbrauch ergeben sich auch im Einzelhandel häufig große Einsparpotentiale. So konnte beispielsweise Karstadt in Bayern den Strom- um 6 Prozent und den Wasserverbrauch um rund 30 Prozent reduzieren", erläuterte Müller.

Weitere Themen der Tagung des Arbeitskreises sind die künftig angedachten Aktivitäten des Handelsverbandes zur Nachhaltigkeit in der Branche, Methoden zur Produktbewertung/Umweltzeichen und aktuelle Vorhaben des Gesetzgebers.

Weitere Informationen: <http://www.umweltpakt.bayern.de>

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Berlin, den 10.12.2004 Gutachten unterstreicht: Fluglärm belastet die Menschen Arbeitskreis Lärmwirkungsfragen beim Umweltbundesamt veröffentlicht Gutachten und beendet seine Tätigkeit

Über dreißig Prozent der Bevölkerung fühlten sich durch Fluglärm belästigt. Dazu gehören die vor Ort direkt empfundene Zur Lärmbelästigung, es tragen auch Kommunikationsprobleme, Beeinträchtigungen bei der Arbeit, Störungen des Schlafes sowie der Erholung bei. Das geht aus dem Gutachten "Fluglärm 2004" hervor, welches der Interdisziplinäre Arbeitskreis für Lärmwirkungsfragen beim Umweltbundesamt (UBA) heute veröffentlicht. Die 113-seitige Stellungnahme der acht Lärm-Wissenschaftler stellt die Auswirkungen des Fluglärms auf die Gesundheit der Menschen, auf die kognitive Entwicklung sowie soziale und ökonomische Folgen dar. Der Präsident des Amtes, Prof. Dr. Andreas Troge, sagt dazu: "Das Gutachten zeigt erneut: Lärm belästigt nicht nur - er belastet die Gesundheit der Menschen. Neben Begrenzungswerten für Fluglärm, zum Beispiel für die Nacht, brauchen wir auch noch bessere Technik für noch leisere Flugzeuge. Denn weniger Fluglärm hilft, möglichen Erkrankungen der Bevölkerung auf Dauer vorzubeugen."

Die Stellungnahme des Arbeitskreises enthält auch Hinweise zur Messung und Beurteilung des Fluglärms, zur Bewertung geeigneter Schallschutzmaßnahmen sowie zur besonderen Berücksichtigung schutzbedürftiger Personen bei der Festsetzung für Grenz- oder Richtwerte für Fluglärm. Die Mitglieder des Arbeitskreises befürworten für die Beurteilung des Fluglärms zum Beispiel eine Angleichung der Parameter an die Bewertungs- und Beurteilungsverfahren, die für den Straßen- und Schienenverkehrslärm entwickelt wurden. Hinsichtlich nächtlicher Lärmwirkungen empfiehlt der Arbeitskreis eine Bewertung nach Maximalpegeln und dem Mittelungspegel. Denn: Ein Großteil der Bevölkerung fühlt sich durch Umweltlärm enorm belästigt Die Belästigung ist als Hauptwirkung des Umweltlärms anzusehen. Es gibt Hinweise darauf, dass sich an Flugplätzen der Anteil der Betroffenen, der sich durch Fluglärm belästigt fühlt, in den vergangenen 30 Jahren bei gleicher Lärmbelastung deutlich erhöht hat.

Bei neuen und wesentlich moderneren geänderten Flughäfen ist mit stärkeren Lärmbelastigungen der Bevölkerung zu rechnen als an Flugplätzen mit so genanntem quasi-stationärem Betrieb. Dabei sind Die Wirkungen des Lärms sind sehr unterschiedlich: Dass Lärm die Sprache, das Gedächtnis und die Konzentration - sowohl in der Schule als auch zu Hause - beeinträchtigt, wird an Untersuchungsbeispielen zur kognitiven Entwicklung gezeigt. Diese Wirkungen sind eng mit Kommunikationsstörungen verknüpft - um diese zu vermeiden, nach dem zum Beispiel ist ein gutes bis sehr gutes Sprachverstehen für die Kommunikation anzustreben ist. Lärm kann zweifelsohne die Gesundheit beeinträchtigen. Würde es gelingen, die Belastung durch Fluglärm so zu begrenzen, sodass keine langfristig wiederholten Schlafstörungen oder langfristig starken Belästigungen entstünden, so könnte lärmbedingten Erkrankungen weitgehend vorgebeugt werden. Dazu können Begrenzungswerte für Fluglärm dienen. So ließe sich Die Entstehung lärmbedingter Erkrankungen ließe sich so verhüten.

Die Mitglieder des Arbeitskreises für Lärmwirkungsfragen befürworten deshalb für die Beurteilung von Fluglärm zum Beispiel eine Angleichung der Parameter an die Bewertungs- und

Beurteilungsverfahren, die für den Straßen- und Schienenverkehrslärm entwickelt wurden. Hinsichtlich nächtlicher Lärmwirkungen wird eine Bewertung nach Maximalpegeln und dem Mittelungspegel empfohlen. Die Autoren verstehen die Stellungnahme als einen Beitrag zur Risikobeurteilung mit Blick auf die anstehenden Entscheidungen zur Novellierung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm. Mit der Stellungnahme zu Fluglärmwirkungen beendet der interdisziplinäre Arbeitskreis für Lärmwirkungsfragen seine Tätigkeit. Troge dazu: "Die Professoren haben über Jahre hinweg eine hervorragende Arbeit geleistet und mit ihren Gutachten gezeigt, wie Lärm auf die Gesundheit der Bevölkerung wirkt.. Dafür mein besonderer Dank."

Dem Arbeitskreis gehörten an: Prof. Dr. Rainer Guski, Bochum; Dir. und Prof. i. R. Dr. Hartmut Ising, Falkensee; Prof. Dr. Gerd Jansen, Heiligenhaus; Prof. Dr. Peter Költzsch, Dresden; Prof. Dr. Klaus Scheuch, Dresden; Prof. Dr. August Schick, Oldenburg; Prof. Dr. Wolfgang Schönpflug, Berlin (Vorsitzender); Prof. Dr. Manfred Spreng, Erlangen.

Die Stellungnahme "Fluglärm 2004" und die früheren gutachterlichen Stellungnahmen sind im Internet veröffentlicht unter der Adresse:

<http://www.umweltbundesamt.de/laermprobleme/anlagen/download.html>

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-118.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-118.pdf>

Berlin, den 06.12.2004 **Aufmerksamkeit für den Bodenschutz verstärken Gründung der "Kommission Bodenschutz" des Umweltbundesamtes soll Impulse geben**

Der Bodenschutz gilt als eines der "Stiefkinder" der Umweltpolitik. Dies ist unverständlich, denn die Böden mit ihren vielfältigen Schnittstellen zu Wasser, Luft und Klima müssten eine wichtige Rolle im Zentrum einer vorsorgenden Umweltpolitik spielen. Die heute in Berlin gegründete "Kommission Bodenschutz" soll den Schutz des Bodens stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung und der Umweltpolitik bringen und Impulse für künftige politische Strategien im Bodenschutz geben. Einen Tag nach dem internationalen Tag des Bodens am 5. Dezember 2004 resümierten auf der Auftaktveranstaltung über 100 Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik fünf Jahre Bodenschutzrecht in Deutschland und loteten Perspektiven des Bodenschutzes in Deutschland und Europa aus. "Die Kommission hat sich mit ihrem Arbeitsprogramm Großes vorgenommen. Die skizzierten Aufgaben werden den Notwendigkeiten und der Bedeutung des Bodenschutzes gerecht", sagte Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA).

Die Veranstaltung machte erneut deutlich, wie wichtig die Böden als natürliche Lebensgrundlage für die Menschen sind. Mit ihren lebenserhaltenden Funktionen sind Böden unersetzliches Element für die natürlichen Stoffkreisläufe und die belebte Umwelt. Weit über die Hälfte der deutschen Böden wird für die Lebensmittelproduktion genutzt. Böden wirken als natürlicher Filter für das Grundwasser, aus dem etwa 70 Prozent der Trinkwasserversorgung Deutschlands erfolgt. Deshalb sind Böden als nicht erneuerbare natürliche Ressource vorsorgend vor schädlichen Einwirkungen zu schützen und ihr Verbrauch für Siedlung und Verkehr deutlich zu begrenzen.

Auf der Veranstaltung wurde offensichtlich, dass Bodenschutz mehr ist, als Gesetze zu erlassen. Verschlechterungen der Bodenqualität - beispielsweise als Folge des Treibhauseffektes - können zur Zeit rechtlich nur schwierig verhindert werden. Auch dafür sind Lösungen notwendig, um die Maßstäbe eines vorsorgenden Bodenschutzes zu erreichen und für nachfolgende Generationen Böden in ausreichender Menge und Qualität sicherzustellen. Dazu könnte auch die neue EU-Kommission beitragen.

Die elfköpfige "Kommission Bodenschutz" ist vom Präsidenten des UBA für drei Jahre berufen. Viele bodenbezogene Aufgaben, die in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes vorhanden sind, machen einen wissenschaftlichen Beratungsbedarf des UBA notwendig. Die Aufgaben der neuen Kommission gehen weit über den Anwendungsbereich des Bodenschutzrechtes hinaus und umfassen auch bodenschutzrelevante Fragestellungen in anderen Rechtsbereichen.

Die Kommission soll:

- die wissenschaftlichen Grundlagen und Methoden im Rahmen bodenschutzrelevanter Rechtssetzung überprüfen, fortentwickeln und ergänzen;

- Empfehlungen zu wissenschaftlich begründeten Bewertungen schädlicher Wirkungen auf die Bodenfunktionen geben und

- Empfehlungen zu Maßstäben der Bewertung von Böden in der Raumplanung formulieren.

Den Vorsitz der Kommission hat Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard F. Hüttl, Technische Universität (TU) Cottbus, Lehrstuhl für Bodenschutz und Rekultivierung übernommen. Er ist ausgewiesener Fachmann für den vorsorgenden Bodenschutz. Weitere Mitglieder sind:

1. Dir. u. Prof. Wolf Eckelmann, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe(BGR) Hannover, Bereich Geologie, Bodendaten, Bodenkunde
2. Prof. Dr. Felix Ekardt, Universität Bremen; Bereich Recht
3. Prof. Dr. Klaus Fricke, TU Braunschweig, Bereich Abfallwirtschaft
4. Prof. Dr. Peter Grathwohl; TU Tübingen, Bereich Hydrogeologie und Altlasten
5. Prof. Dr. Jürgen Hess; Universität Kassel; Bereich ökologische Agrarwissenschaften
6. Prof. Dr. Ulrich Köpke, Universität Bonn, Bereich organischer Landbau
7. Prof. Dr. Yeong Heui Lee, Freie Universität Berlin, Bereich Stadt- und Regionalplanung
8. Prof. Dr. Friedrich Rück; Fachhochschule Osnabrück; Bereich Flächenplanung
9. Prof. Dr. Magret Schlumpf, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH), Bereich Human- und Ökotoxikologie
10. Prof. Dr. Dr. Ewald Schnug, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) Braunschweig, Bereich Landwirtschaft
11. Prof. Dr. Jutta Zeitz; Humboldt Universität Berlin, Bereich Bodenkunde, Standortlehre, Moorkunde

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-116.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-116.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/75

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt